

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Telegramme: Erzgebirge Anzeiger

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue.

Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1408

Nr. 293

Donnerstag, den 17. Dezember 1931

26. Jahrgang

Die Baseler Besprechungen

Basel, 15. Dez. In den privaten Besprechungen der Hauptmitglieder des Beratenden Sonderauschusses, die sich gestern bis in die späten Abendstunden hinzogen, hat man sich, wie verlautet, darauf geeinigt, die Anfertigung des Ausschussberichts einem Komitee zu übertragen, das sich folgendermaßen zusammensetzt: Reichler (Deutschland), Metz (Frankreich), Dapton (England). Die endgültige Entscheidung über die Zusammenfassung trifft der Ausschuss, der heute zu einer Vollversammlung zusammengetreten ist und voraussichtlich schon heute vormittag dieses Redaktionskomitee ernennen wird. Der Ausschuss wird vermutlich heute seine Untersuchung der Wirtschafts- und Finanzlage Deutschlands abschließen, und zwar, wie bereits gemeldet, mit einer Prüfung der Lage der Deutschen Reichsbahn. Für den Nachmittag ist keine Sitzung vorgesehen. Es ist wahrscheinlich, daß die mit der Anfertigung des Berichtes beauftragten Persönlichkeiten bereits am Nachmittag ihre Arbeit aufnehmen. Damit gehen die Arbeiten des Baseler Ausschusses ihrem Ende entgegen. Es werden aber bestimmt noch mehrere Tage vergehen, bis der Bericht des Ausschusses der Vollversammlung zur Genehmigung vorgelegt werden kann.

Bericht über die Lage der Reichsbahn

Basel, 15. Dezember. Ueber das Referat, das Reichsbahndirektor Dr. Homberger heute in der Sitzung des beratenden Sonderauschusses gehalten hat, wurde vom Ausschuss heute abend eine Mitteilung herausgegeben. Danach hat Homberger über die allgemeine Lage der Deutschen Reichsbahn u. a. ausgeführt: Die Einnahmeergebnisse der Deutschen Reichsbahn sind bis 1929 auf rund 5,4 Milliarden gestiegen, fielen aber dann erheblich in den Jahren 1930 und 1931. Für dieses Jahr beträgt die Schätzung 3,80 Milliarden (das sind 1,5 Milliarden = 28 Prozent) weniger

als im Jahre 1929. Trotz Anpassung des Betriebes an den gesunkenen Verkehr und trotz Einsparungen auf allen Gebieten kann die Reichsbahn diesen Einnahmerückgang durch Ausgabenreduzierung nicht aufhalten, da es voraussichtlich nicht gelingen wird, die persönlichen und sachlichen Ausgaben um mehr als 18 Prozent gegenüber 1929 zu senken. Die Einschränkung des Verkehrsumfanges beruht in erster Linie auf der Wirtschaftskrise, ist aber auch auf den zunehmenden Wettbewerb der anderen Verkehrsmittel, insbesondere des Kraftwagens, zurückzuführen. Deutschland hat zwar als erstes Land eine gesetzliche Regelung über das Verhältnis Eisenbahn - Kraftwagen durchgeführt. Außerdem hat die Reichsbahn durch grundlegende Umgestaltung des Bahnspeditionswesens eine Verbilligung der Koffahrtgebühren und Ermöglichung eines Verkehrs von Haus zu Haus erreicht. Trotzdem ist mit einem weiter zunehmenden Wettbewerb des Kraftwagens zu rechnen. Angesichts der Preissteigerungsmaßnahmen der Reichsregierung restfiziert sich die neue Tarifsenkung im Ausmaß von 300 Millionen, die sie zum größten Teil durch Minderausgaben auf personellem und sachlichem Gebiet ausgleichen wird. Das Jahr 1931 wird mit einem erheblichen Fehlbetrag abschließen, der voraussichtlich auch durch die volle Inanspruchnahme der Ausgleichsreserven und Dividendenrücklage nicht ganz abgedeckt werden kann. Im Jahre 1932 werden zwar alle Maßnahmen der letzten Notverordnung der Reichsregierung auf dem Gebiete der Kostenreduzierung zur Auswirkung kommen. Trotzdem scheinen die Aussichten nicht günstig

Vertagung

Basel, 15. Dez. Der beratende Sonderauschuss hat sich heute nach Entgegennahme des Berichtes über die Lage der Deutschen Reichsbahn bis auf weiteres vertagt. Es wurde ein Unterkomitee für die Reichsbahnfragen unter Vorsitz von Rydbeck (Schweden) und ein anderes Unterkomitee für die Fragen des Reichsstaats unter Vorsitz von Colijn (Holland) eingesetzt. Die Vorsitzenden dieser Unterkomitees werden dem Ausschuss nach Beendigung ihrer Arbeiten Bericht erstatten.

Starker Rückgang der Ausfuhr

Der deutsche Außenhandel im November 1931

Berlin, 15. Dezember. Die deutsche Außenhandelsstatistik für November, in der sich bereits die schwere Beeinträchtigung spiegelt, die der internationale Warenaustausch durch währungs- und handelspolitische Maßnahmen in der letzten Zeit erfahren hat, weist die Ausfuhr mit rund 788 Millionen RM aus, wozu noch Reparationslastlieferungen im Wert von 11 Millionen RM (im Vormonat 13 Millionen RM) kommen. Dieses Ergebnis bedeutet gegenüber Oktober einen Rückgang der Ausfuhr um fast 180 Millionen RM oder beinahe 15 Prozent. Davon ist rund ein Drittel auf saisonmäßige Einflüsse zurückzuführen, während die anderen zwei Drittel die erste Auswirkung der Abfahrschwörungen für den deutschen Export darstellen. Die Einfuhr hat sich wertmäßig mit 284 Millionen RM auf dem Stande vom Oktober gehalten. Mengemäßig ist sie um 4 Prozent gestiegen, da die Durchschnittswerte erneut zurückgegangen sind. Der Ausfuhrüberschuss ist von 388 Millionen RM im Oktober auf 266 Millionen RM im November gesunken. Unter Berücksichtigung der Reparationslastlieferungen übersteigt der Wert der Ausfuhr denjenigen der Einfuhr um 267 Millionen RM.

Preiswilder

Eine Verordnung des Reichskommissars

für die Preisüberwachung

Berlin, 15. Dez. Der Reichskommissar für die Preisüberwachung wird nach Abschluß der in diesen Tagen durchgeführten Verhandlungen mit Vertretern der Bäcker-, Fleischer- und Friseurverbände in Kürze eine Verordnung über Preiswilder erlassen. Die Verhandlungen, die mit dem Fleischer- und Friseurgewerbe über die Preisgestaltung stattgefunden haben, schenken ebenfalls vor dem Abschluß.

Gestern hat der Reichskommissar mit den deutschen Straßen- und Kleinbahnverwaltungen verhandelt und das Verfahren festgelegt, nach dem auf Grund der Bestimmungen der Notverordnung Tarifermäßigungen mit möglicher Beschleunigung in Kraft gesetzt werden können.

Preisreduzierung in der Glühlampenindustrie

Berlin, 15. Dez. Die Glühlampenindustrie hat schon mit Wirkung vom 16. ds. Mts. die Preise für Glühlampen in Deutschland um 10 Prozent ermäßigt. Damit sind die Preise der hauptsächlichsten Glühlampen um etwa 60 Prozent gegenüber den Vorkriegspreisen gesenkt.

Preisreduzierungs-Kommissar Dr. Goerdeler zieht um

Berlin, 15. Dez. Der Preisreduzierungs-Kommissar Oberbürgermeister Dr. Goerdeler, der bisher im Reichsernährungsministerium in der Wilhelmstraße domizilierte, wird dieser Tage mit seinen Beamten und Mitarbeitern neue eigene Räume beziehen. Das neue Quartier des Preisreduzierungs-Kommissars wird im Bahnen-Haus in der Potsdamer Straße aufgeschlagen werden, das dem Reich gehört.

Gewerkschaften und Notverordnung

Berlin, 15. Dezember. Der Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes trat heute im Gewerkschaftshaus zu seiner dritten Tagung zusammen, um zu der neuen Notverordnung Stellung zu nehmen. Lepari eröffnete die Beratungen mit grundsätzlichen Ausführungen über die einschneidenden Maßnahmen, die von der Reichsregierung angeordnet worden sind. In einer Entschließung erklärt der Bundesauschuss, daß die Regierung in der Notverordnung die wiederholten ernstlichen Warnungen der Gewerkschaften unberücksichtigt gelassen und statt dessen den von den Arbeitgebern erhobenen Forderungen nachgegeben habe. Die schwerwiegendsten Bedenken gegen einen allgemeinen Lohnabbau beständen unermindert fort, umso mehr, als in den Maßnahmen zum Abbau der Preise keinerlei Bürgschaft für einen auch nur annähernden Ausgleich der Kaufkraftminderung zu erblicken sei. Insbesondere müßten die Ausnahmestimmungen gegen die Arbeiter des Kohlen- und Kalibergbaues und der in öffentlichen Betrieben und Körperschaften beschäftigten Arbeitnehmer entschieden bekämpft werden. Daß zu der allgemeinen Lohnsenkung auch noch eine starke Einschränkung der Leistungen der Sozialversicherung hinzutrete, zeige, daß die schwersten Opfer wiederum der Arbeiterschaft aufgebürdet würden. Weiter heißt es: Niemand kann ein größeres Interesse am wirtschaftlichen Wiederaufstieg Deutschlands, an politischer Beruhigung und an der Erhaltung eines geordneten Staatslebens haben als die Arbeiterschaft. Es sind aber tiefste Zweifel berechtigt, ob die Notverordnung das deutsche Volk diesem Ziele näher führen wird. Nebenbei allen Warnungen vor den sozialen und wirtschaftlichen Gefahren der in der Notverordnung eingeschlagenen Weg gegangen wird, lehnen die Gewerkschaften jede Verantwortung für die aus der Lohn- und Gehaltsreduzierung ohne Vorleistung einer durchgreifenden Preisreduzierung sich ergebenden Folgen nachdrücklich ab. Jedoch fordert der Bundesauschuss von der Regierung, daß nunmehr alle dem Preisabbau dienenden Maßnahmen nicht weniger gründlich, los durchgeführt werden als die außerordentlichen Eingriffe in den Lohnstand und in das kollektive Arbeitsrecht. Die Gewerkschaften werden von sich aus alle Anstrengungen machen, auf einen künftigen Preisabbau hinzuwirken. Weiter verlangt der Bundesauschuss, daß schon Mittens ein großzügiges Arbeitsbeschaffungsprogramm durchgeführt wird zur endlichen Entlastung des Arbeitsmarktes und zur Behebung der Arbeitslosigkeit. An die Arbeiterschaft in den Betrieben richtet der Bundesauschuss unter Hinweis auf die nach dem 30. April 1932 zu erwartende Einschränkung der Verbindlichkeitsleistungen die Aufforderung zu erhöhter Kampfbereitschaft. Die in Aussicht genommene Lockerung des Schlichtungswesens muß zwangsläufig zu einer Steigerung der Arbeitskämpfe führen. Deshalb gelte es, für diese Kämpfe schon jetzt zu rüsten durch Festigung und Ausbau der Gewerkschaften.

Entschließung zur Notverordnung einstimmig angenommen, in der der Hauptvorstand erklärt, daß die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 gegenüber den Bergarbeitern erneut große Ungerechtigkeiten enthalte. Die Bergarbeiter würden durch die 10- bzw. 15prozentige Lohnkürzung auf den anormal niedrigen Lohnstand vom Jahre 1925 zurückgeworfen. Dabei seien die reinen Lohnkosten infolge des gestiegenen Förderanteils je Mann und Schicht vom Mai 1925 bis Oktober 1931 im Ruhrgebiet um etwa 2,20 RM je Tonne gefallen. Die schematische Lohnkürzung stärke den Steinkohlenbergbau zudem auch nicht im internationalen Konkurrenzkampf, schaffe vielmehr noch größere inländische Konkurrenz als bisher. Wegen der dauernden einseitigen Mehrbelastung der Bergarbeiter erhebe der Vorstand des Gewerkschaftsbundes christlicher Bergarbeiter Deutschlands schärfsten Protest und fordere mit aller Entschiedenheit schnellste Beseitigung dieser Bestimmungen der Notverordnung.

Hitler antwortet auf die Rundfunkrede des Reichsfinanzministers

München, 16. Dez. Die in einer Sondernummer des „Völkischen Beobachters“ veröffentlichte Antwort Hitlers auf die Rundfunkrede des Reichsfinanzministers erklärt (anknüpfend an Brüning's Bemerkung vom Gegensatz zwischen gewissenhaftem Arbeiten und bloßen Reden), daß die Richtigkeit oder Unrichtigkeit einer geistigen Leistung nur durch den wirklichen Verlauf der Ereignisse bewiesen werde. Der Kern des heutigen Systems habe aber den kritischen Rednern Recht gegeben. Hitler erklärt dann, die Partei sei jederzeit bereit,

vom Reden abzugehen und die Verantwortung zu übernehmen.

In der Frage der Legalität sei er mit allen Führern und Parteigenossen in völliger Übereinkunft, ausgenommen von jenen, die ihm von anderer Seite als Spiegel in die Partei hineingebracht worden seien. Weiter heißt es, er habe seinen treuen Anhängern Waffenlosigkeit befohlen, aber den Befehl, sich wehrlos abzuschlagen zu lassen, könne der Reichsminister nicht verlangen und er, Hitler, könne ihn auch nicht erteilen. Hitler richtet an den Reichsminister die Frage, ob es außenpolitisch richtig und klug sei, eine Bewegung, die national-

politisch gesehen dem einzigen Aktivposten Deutschlands für eine richtige nationale Außenpolitik darstelle, planmäßig der Welt gegenüber als eine illegale und verwerfliche Verbotsbewegung vorzustellen zu lassen, ohne aber auch nur im geringsten den Sieg dieser Bewegung verhindern zu können. Hitler richtet an den Reichsminister die Frage, ob er glaube, daß es dem Wesensgedanken der Demokratie und damit dem innersten Sinn der Weimarer Verfassung nahe komme, wenn eine Regierung bleibe, obwohl sie wisse, daß der Ausgangspunkt ihrer Gewalt, nämlich das Volk, sich schon längst von ihr gewendet habe. Die Nationalsozialisten respektierten die Verfassung in ihrem Kampfe um die politische Macht und hofften, daß es ihnen möglich sein werde, dem deutschen Volke eine neue und ihres Erachtens gesunde Verfassung zu geben. Der Vorwurf der Illusionen treffe nicht die nationale Opposition, sondern zu allererst das heutige System. Die deutsche Innen- und Außenpolitik der letzten zwölf Jahre sei Illusion gewesen. Die Meinung, 2 1/2 Milliarden Jahresbeiträge und 2 1/2 Milliarden an jährlichen Zinsbelastungen aufbringen zu können, sei eine Illusion gewesen, wie es auch eine Illusion sei, zu denken, daß man für solche Unmöglichkeiten auf die Dauer im Innern die politische Deckung finden werde. Die neue Notverordnung

Der Gewerkschaftsbund christlicher Bergarbeiter zur Notverordnung

Offen, 15. Dez. In der Sitzung des Hauptvorstandes des Gewerkschaftsbundes christlicher Bergarbeiter wurde eine